

Uri fällt radikalere Entscheide

Kanton Die Urner Resultate zu den eidgenössischen Abstimmungsvorlagen liegen im nationalen Trend. Mit 74,5 Prozent wurde die Vorlage «Für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft (Grüne Wirtschaft)» abgelehnt. Nein sagten die Urner auch zur AHV-plus-Initiative. Der Nein-Anteil lag bei 69,8 Prozent. Ein Ja von 62,9 Prozent kam bei der Änderung des Nachrichtendienstgesetzes zu Stande.

Zur «Grünen Wirtschaft» sagten sämtliche Gemeinden Nein. Mit 93,3 Prozent wurde in Realp das klarste Resultat erzielt, gefolgt von Spiringen (92,4), Unterschächen (91,6), Wassen (87,6) und Andermatt (84,1). Am knappsten wurde es in Altdorf (65,2), Bauen (67,3) und Erstfeld (73,0). Gesamtschweizerisch sagten über 60 Prozent Nein zur Vorlage, die den ökologischen Fussabdruck der Schweiz hätte deutlich verbessern wollen. Das Urner Resultat fiel jedoch noch um einiges deutlicher aus.

Keine Gemeinde ist für «AHV plus»

Auch zur AHV-plus-Initiative sagte keine einzige Urner Gemeinde Ja. Am deutlichsten fielen die Resultate in Isenthal (90,8 Prozent Nein), Bauen (88,0), Unterschächen (85,7), Spiringen (83,1) und Attinghausen (76,7) aus. Am knappsten wurde es in Erstfeld (59,6 Prozent Nein), Seelisberg (66,7) und Göschenen (67,5). Im gesamtschweizerischen Vergleich war auch hier das Urner Resultat radikaler. Rund 60 Prozent der Schweizer sagten Nein.

Zum Bundesgesetz über den Nachrichtendienst sagten 18 Gemeinden Ja. Am deutlichsten waren die Resultate in Hospental (72,9 Prozent Ja), Flüelen (68,2), Realp (66,1), Schattdorf (66,0) und Altdorf (65,4). Verworfen wurde das Gesetz in Isenthal (57,4 Prozent Nein) und Unterschächen (54,3). National wurde das Gesetz mit fast zwei Dritteln angenommen. (zf)

Jugendgesetz klar angenommen

Abstimmung Mit einem klaren Ja von 64,3 Prozent hat das Urner Stimmvolk das neue Kinder- und Jugendförderungsgesetz gutgeheissen. Bildungsdirektor Jörg betont, dass damit keine Bürokratie entstehe.

Florian Arnold

florian.arnold@urmerzeitung.ch

Die Kinder- und Jugendförderung erhält im Kanton Uri gesetzliche Grundlagen. Mit 64,3 Prozent haben sich die Stimmbürger klar für das neue Kinder- und Jugendförderungsgesetz ausgesprochen. Die Stimmbeteiligung lag bei 34,8 Prozent.

Mit Ausnahme von Unterschächen (63,3 Prozent Nein-Stimmen) und Spiringen (52,4) kamen in allen Gemeinden Ja-Mehrheiten zu Stande. Am deutlichen fiel das Resultat in Realp (73,7 Prozent Ja-Stimmen), Andermatt (73,2) und Altdorf (72,7) aus. Die knappsten Ja-Mehrheiten gab es in Wassen (52,2), Gurtellen (52,6) sowie Isenthal (53,2).

Eine stabile Basis für die Zukunft

«Ich bin sehr erfreut über das deutliche Resultat», sagt Bildungsdirektor Beat Jörg. «Ich weiss, wie skeptisch man gegenüber neuen Gesetzen ist. Umso erfreulicher, dass man offenbar zufrieden ist mit der Kinder- und Jugendarbeit, die hier bereits geleistet wird.» Dass man diese nun gesetzlich verankert habe, werde sich für die Zukunft sicher positiv auswirken. Uri solle ein kinder- und jugendfreundlicher Kanton sein. Durch das Gesetz sei die Basis dafür stabil.

Positiv wertet es Jörg vor allem, dass nun die Verbundaufgabe vom Kanton und von den Gemeinden klar definiert ist. Wichtig sei im Rahmen des Abstimmungskampfes gewesen, aufzeigen zu können, dass kein grosser Apparat aufgebaut werde. «Man will mit dem, was die Gemeinden und der Kanton heute machen, auch in Zukunft dieselbe Wirkung erzielen», so Jörg.

Ein Kränzchen windet der Landammann den Betroffenen:



Das neue Gesetz verankert auch die Urner Jugendverbände – wie hier bei einer Veranstaltung auf der schwimmenden Plattform Seerose.

Bild: Urs Hanhart (Flüelen, 10. September 2015)

«Die Jugendorganisationen, Verbände und Jungparteien haben zum Abstimmungserfolg beigetragen. Nicht nur mit der guten Arbeit, die sie seit jeher leisten, sondern auch damit, dass sie ihre Anliegen für eine gesicherte Zukunft rüberbringen konnten.»

Verbände haben stark mobilisiert

Das sieht auch Komiteemitglied Flavio Gisler (CVP, Schattdorf) so: «Es war erfreulich, wie sich auch die Jugendverbände im Abstimmungskampf eingesetzt haben und vor allem Leute mobilisieren konnten, die sonst vielleicht nicht abstimmen gehen.»

Weniger Freude über das Ja hat Christian Schuler (SVP, Erstfeld). «Erfahrungsgemäss macht ein neues Gesetz die Sache nicht günstiger oder weniger bürokratisch», so Schuler. «Sollte sich zeigen, dass dies bei der Umsetzung des Jugendgesetzes der Fall ist, werden wir sicher den Finger draufhalten und politisch reagieren», so Schuler. «Den Volksentscheid gilt es zu akzeptieren.»

Kommentar

Das Volk sendet der Jugend ein klares Signal

Blauring, Jungwacht, Pfadi, Midnight Point, Jugendparlament, Ferien(s)pass: Dass es in Uri viele Organisationen und Aktivitäten für Kinder und Jugendliche gibt, ist selbstverständlich. Und ebenso selbstverständlich ist es auch, dass die Gemeinden und der Kanton dort ihre Unterstützung leisten, wo es nötig ist. Allerdings haben sie sich damit bisher in einem Graubereich bewegt – denn rein gesetzlich gab es bisher keine Legitimation dafür.

Mit dem deutlichen Ja zum neuen Kinder- und Jugendförderungsgesetz haben die Urner diesen Missstand behoben. Gleichzeitig wurde die Kinder- und Jugendförderung damit unter Schutz gestellt. Denn die nächste Sparrunde im Kantonsbudget wird kommen. Und wo wäre es leichter, den Rotstift anzusetzen, als dort, wo es keine gesetzlichen Grundlagen gibt? Stattdessen gewinnt die Kinder- und Jugendförderung an Stellenwert.

Das klare Statement der Stimmbürger ist aber auch eine Wertschätzung für die Kinder- und Jugendarbeit, die bereits geleistet wird. Denn ohne Freiwilligenarbeit würde es viel schlechter stehen um die Urner Kinder- und Jugendarbeit.

Im Abstimmungskampf haben die Jugendorganisationen einmal mehr bewiesen, mit welchen Mitteln sie arbeiten: unbürokratisch und mit geringem finanziellem Aufwand,

dafür mit Engagement und Herzblut. Das Abstimmungsergebnis bedeutet: Ihr seid auf dem richtigen Weg, weiter so!



Florian Arnold
florian.arnold@urmerzeitung.ch